

# Landeshauptstadt Magdeburg

## Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
Amt 61	S0068/08	14.03.2008
zum/zur		
A0053/08 CDU-Ratsfraktion und Bund für Magdeburg		
Bezeichnung		
Keine Bewohnerparkzone im Bereich Herderstraße		
Verteiler	Tag	
Der Oberbürgermeister	01.04.2008	
Ausschuss f. Stadtentw., Bauen und Verkehr	17.04.2008	
Stadtrat	08.05.2008	

Mit Beschluss-Nr. 1424-48(IV)07 hat der Stadtrat den Oberbürgermeister beauftragt, zu prüfen:

*„Im Bereich der Straßen Freiligrath-/ Stolze-/ Hebbel- und Gellertstraße usw. soll die Einrichtung einer Anwohnerparkzone geprüft werden.“*

Diesbezüglich wurde zur Stadtratssitzung am 13.03.08 der Antrag A0053/08 gestellt. Er bezieht sich auf die Ergebnisse der Ende 2007 bis Anfang 2008 durchgeführten Untersuchungen zur Einrichtung einer **Bewohnerparkzone** im Bereich der Verkehrszelle „Herderstraße West“ sowie auf das Ergebnis der Bürgerbeteiligung hierzu.

*„Der Stadtrat möge beschließen:*

*Auf das Einrichten einer Bewohnerparkzone rund um die Herderstraße wird verzichtet.“*

Die Prüfung ergab folgenden Sachstand:

Nach Einführung der Bewirtschaftung der Stellplätze entlang des Editharings wurde im IV. Quartal 2007 eine Untersuchung zum ruhenden Verkehr im Teilbereich gem. Prüfauftrag an ein Magdeburger Ingenieurbüro beauftragt. Dabei wurde der Bereich zwischen Gellertstraße, Freiherr-v.-Stein-Straße, Magdeburger Ring und Roseggerstraße in die Untersuchung einbezogen. In die Untersuchung sind Erkenntnisse aus der vorangegangenen Verkehrsuntersuchung zur Einführung von Verkehrsberuhigenden Maßnahmen (Tempo-30-Zone, etc.) im Stadtquartier eingeflossen.

Zielstellung der Verkehrsuntersuchung im o.g. Bereich war, zu klären, ob mit Hilfe des Instruments der Bewohnerparkbevorrechtigung bzw. anderer geeigneter Parkraumbewirtschaftungsmaßnahmen für interessierte Bewohner des Quartiers ein Basisangebot an Stellplätzen im öffentlichen Straßenraum reserviert werden kann. Nach Auswertung von statistischen Daten sowie eigenen Erhebungen gelangten das Ingenieurbüro und die Verwaltung zu der Einschätzung, dass die Einführung einer Bewohnerparkzone Ziele der Verkehrslenkung, der Verkehrsberuhigung und der Verdrängung von quartiersfremden Verkehren durchaus erreichen kann. Insofern wurde eine mögliche Aufteilung in verschiedene Stellplatzreservierungsbereiche erarbeitet.

Dieser Vorschlag wurde als Entwurf einer Bewohnerparkzone am 05.12.2007 in der Mensa des Baudezernates sowie am 20.02.2008 in der GWA-Sitzung Stadtfeld-Ost gemeinsam mit den Bürgern diskutiert. Während dieser Bürgerinformationsveranstaltungen meldeten sich mehrheitlich Bürger mit ablehnender Haltung bzgl. einer Bewohnerparkzone zu Wort. Insbesondere die 30,70 € Jahresgebühr für einen Bewohnerparkausweis standen in heftiger Kritik. Von verschiedener Seite wurde die bisherige Bewertung der Parkraumsituation im Quartier als Stellplatzmangel zu bestimmten Tages- und Nachtzeiten kritisch hinterfragt. Es gibt jedoch auch Bürgerstimmen, die auf einen gewissen Parkdruck im Quartier hinweisen. Eine Zusammenstellung von Fotos mit Parklücken zu verschiedenen Tageszeiten im Quartier und eine Unterschriftensammlung gegen eine Bewohnerparkzone wurden der Verwaltung übergeben. Zahlreiche Anrufe, emails sowie Schreiben an die Landeshauptstadt Magdeburg sowie Leserbriefe an die Volksstimme untermauern den starken Wunsch der in der Verkehrszelle „Herderstraße West“ ansässigen Wohnbevölkerung, eine Bewohnerparkregelung nicht einzuführen. Dem wollen sich Gutachter und Verwaltung nicht verschließen. Es gilt in der Fachdiskussion ohnehin als unstrittig, dass das Instrument der Bewohnerparkbevorrechtigung kein Allheilmittel ist.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird die Einführung einer Bewohnerparkzone im Quartier „Herderstraße West“ nicht empfohlen.

#### **Weitere Handlungsoptionen der Landeshauptstadt Magdeburg:**

Auf dem unmittelbar an den Altbau des Landesverwaltungsamtes anschließenden Freibereich des Gebäudekomplexes Olvenstedter Straße / Editharing wurde im 4. Quartal 2007 ein Gebäude abgerissen. Hier könnte aus stadtplanerischer Sicht zeitnah eine Erweiterung des Stellplatzangebotes auf eigenen Flächen des Landes umgesetzt werden. Die zentrale Lage zum Hauptbahnhof sowie zu Haltestellen des ÖPNV beeinflusst die Verkehrsmittelwahl der Mitarbeiter des Behördenzentrums. Dieser Aspekt wurde bisher noch zu wenig beachtet. Auf Einzelflächen des Landesverwaltungsamtes sowie der beiden ansässigen Ministerien befinden sich Fahrradabstellanlagen, die noch ausbaufähig sind. Die Landeshauptstadt Magdeburg sollte bei den Verwaltungsspitzen des Landesbehördenzentrums für eine Mitwirkung bei der Stärkung der Verkehrsträger des Umweltverbundes, für die Einführung eines Job Tickets sowie für eine Erweiterung des landesseitigen Kfz- und Fahrrad-Stellplatzangebotes werbend Einfluss nehmen.

Jörn Marx  
Beigeordneter für Stadtentwicklung,  
Bau und Verkehr